



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5784

A18

27. September 2021

Seite 1 von 35

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 29. September 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Vorfeld zur o.g. Sitzung wurde verabredet, den Einführungsbericht der Landesregierung zum „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**“ dem Ausschuss vorab schriftlich zur Verfügung zu stellen.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht, mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

**„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz
2022)“**

Einleitung

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind in Deutschland und Nordrhein-Westfalen weiterhin deutlich spürbar. Die zwischenzeitliche Euphorie nach den Lockerungen vom Frühjahr lässt zur Jahresmitte etwas nach. Im zweiten Quartal 2021 ist die Wirtschaft nur um 1,6 Prozent gewachsen – erwartet waren mindestens 2 Prozent. Zudem fiel der Rückgang im ersten Quartal mit -2,0 Prozent stärker aus als erwartet. Somit hat die deutsche Wirtschaft derzeit rein rechnerisch erst rund 70 Prozent des Einbruchs von 2020 aufgeholt.

Nach der jüngsten Revision brach die Wirtschaftsleistung 2020 für den Bund um 4,6 Prozent ein, während in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang von 4,4 Prozent zu konstatieren war. Nach Revision der Landesergebnisse – die bisher noch nicht vorliegen – ist zu erwarten, dass Nordrhein-Westfalen schneller als der Bund das Vorkrisenniveau erreicht.

Auch die aktuellsten Industriedaten bestätigen das Muster: Das Verarbeitende Gewerbe im Land erholt sich nicht ganz so schnell wie im Bund; es war von dem Einbruch 2020 aber auch nicht ganz so heftig betroffen. Dementsprechend weist zwar der Vergleich gegenüber 2020 für Produktion oder Export in Nordrhein-Westfalen nicht so hohe Zuwächse wie im Bund auf. Der Vergleich gegenüber den jeweiligen Monaten des Jahres 2019 fällt aber günstiger aus. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im Land liegt beispielsweise wieder auf Vorkrisenniveau – bundesweit hat sie dieses Niveau aber noch nicht erreicht.

Steigende Rohstoffpreise und die sich ausbreitende Corona-Mutationen verzögern die wirtschaftliche Erholung. Daneben machen insbesondere

Angebotsengpässe der Industrie zu schaffen. Dies zeigt sich besonders daran, dass die deutschen Auftragseingänge im Juni ein Allzeithoch erreicht haben, während die Produktion noch immer knapp unter den Vorkrisenwerten von 2019 liegt. Somit hängt die Produktion den Auftragseingängen hinterher.

Der Welthandel hat sich in den vergangenen Wochen stabilisiert und wuchs zuletzt moderat. Die Aufholjagd des weltweiten Güterhandels, die auf den Einbruch in der Corona-Krise folgte, scheint aber erst einmal beendet. Die US-Wirtschaft erholt sich auch dank umfangreicher konjunkturpolitischer Unterstützung weiter. Auch China befindet sich derzeit weiter auf Wachstumskurs – wenn auch nicht mehr so schnell wie im ersten Quartal.

Alles in allem dürften die Forschungsinstitute und auch die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen in den nächsten Wochen und Monaten auf rund 3 Prozent oder sogar darunter korrigieren. Derzeit geht die Gemeinschaftsdiagnose noch von einem Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent für 2021 aus. Sämtliche Szenarien gehen allerdings von einem spürbaren Wachstum im zweiten Halbjahr aus – offen ist nur das Tempo.

Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen hat sich bisher robust gezeigt, die aktuellen Entwicklungen stimmen ebenfalls optimistisch: Die Zahl der Arbeitslosen ist im August um mehr als achttausend (-1,2 Prozent) zurückgegangen – saisonüblich steigt sie in diesem Zeitraum an. Auch im Vorjahresvergleich setzt sich die Erholung weiter fort (-10,2 Prozent). Die Arbeitslosenquote sank im August auf 7,3 Prozent und liegt somit 0,1 Prozentpunkte tiefer als im Vormonat. Im Vorjahr betrug die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen noch 8,2 Prozent. Die Beschäftigung entwickelt sich in Nordrhein-Westfalen insgesamt besser als im Bund: Auch im Juni ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter gestiegen. Saisonbereinigt sind im Land mehr als 7,1 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – mehr als je zuvor.

Der 2017 eingeleiteten Modernisierungskurs mit seinen klaren Schwerpunkten in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz sowie die vorgenommenen Weichenstellungen und konkreten Projekte, wie der Aufbau eines Spitzenclusters Industrielle Innovation (SPIN), die Initiative NRW.Energy4Climate oder das Kompetenznetzwerk KI.NRW greifen durch, bringen diese Themen zusammen und vor allem in eine schnelle Anwendung, die konkrete und sichtbare Ergebnisse in der Praxis bringt.

Die finanziellen Spielräume des Staates werden in der vor uns liegenden Zeit nicht wachsen. Die im Entwurf des Einzelplans 14 bereitgestellten Mittel in Höhe von rd. 2,7 Mrd. EUR, ein Zuwachs von rd. 33 Prozent im Vergleich zum Haushalt 2021, erlauben es uns aber, die begonnenen Aufgaben, auch in Krisenzeiten, kraftvoll weiterzuführen. So haben wir den Gesamthaushalt des Einzelplans 14 seit 2017 mehr als verdoppelt.

Dabei verfolgen wir auch in Krisenzeiten unsere langfristigen, politischen Schwerpunkte, die im vorliegenden Haushalt abgebildet sind:

- Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eingeleitet und wird als Jahrhundertchance Auswirkungen auf die Modernisierung des ganzen Landes haben.
- Die Entfesselung der Wirtschaft macht es Unternehmen leichter, nach der Krise wieder Fahrt aufzunehmen.
- Der Anschub der Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag, damit auch der Verkehr beim Klimaschutz aufholt.
- Unser Industriepolitische Leitbild zeigt Wege zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas auf.
- Die Digitalisierung der Verwaltung macht uns effizienter und zukunftsfest für neue Aufgaben.

- Unsere 2019 vorgelegte Digitalstrategie mit ihren 44 konkreten Zielen beschreibt, wie die Digitalisierung das Leben der Menschen erleichtern und neue Chancen eröffnen kann. Noch im Herbst werden wir ein Update der Digitalstrategie.NRW vorlegen.

Die Bedeutung der Digitalisierung für eine zukunftssichere, widerstandsfähige Gesellschaft in all ihren Aspekten wurde durch die Corona-Pandemie nicht nur massiv verdeutlicht. Die Notwendigkeiten der digitalen Transformation liegen somit klar auf der Hand und erfordern entschlossenes Handeln. Diesem Bedarf tragen wir mit dem vorliegenden Einzelplan 14 Rechnung.

So haben wir die Ansätze im Kapitel Klimaschutz und Energiewende gegenüber 2021 mehr als verdoppelt und stellen damit insgesamt 348 Mio. EUR bereit. Auch die Ansätze für wirtschaftspolitische Aufgaben steigen von 620 Mio. EUR auf 871 Mio. EUR an; hier erreichen wir ein Plus von rd. 40 Prozent.

Im Folgenden werden Ihnen die wirtschafts- und energiepolitischen Schwerpunkte des Einzelplans 14 im Haushaltsplan 2022 vorgestellt.

Entfesselung

In dem Bewusstsein, dass wirtschaftliche Dynamik, Wachstum und Beschäftigung maßgeblich von freier Initiative von Unternehmen und Beschäftigten abhängig sind, verfolgt die Landesregierung eine konsequente Entlastungs- und Vereinfachungsstrategie. Mit inzwischen acht Entfesselungspaketen sind in zahlreichen Bereichen wirtschaftsrelevante Regulierungen zurückgenommen worden, die mehr Aufwand verursacht

haben, als dass sie positiven Nutzen für Erhalt und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen geboten hätten. Wir werden diesen Weg auch im kommenden Jahr entschlossen weiterverfolgen. Das Land strebt einen echten Bürokratiendeckel an, der die Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft entlastet. So werden wir mit einem weiteren Entfesselungspaket Leitplanken für eine effizientere und schlankere Gesetzgebung einziehen, an denen sich neue Gesetzgebungsverfahren messen lassen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass die Normenflut dauerhaft abgebaut werden muss: Jede neue Belastung für Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung soll an anderer Stelle kompensiert werden. Außerdem wollen wir verankern, dass sich Gesetzesinitiativen in einem Best-Practice-Ansatz an der deutschlandweit einfachsten und unkompliziertesten Lösung orientiert. Weniger Regulierung schafft auch weniger Kontrollaufwand für die öffentliche Hand. Dies entlastet die öffentlichen Haushalte und kann zu Freiräumen führen, die Behörden nutzen können, um mehr Kapazitäten für Verfahrensbeschleunigung zu schaffen.

Rheinisches Revier

Vor dem Hintergrund des vorzeitigen Ausstiegs aus der Kohleverstromung ist das Ziel der Maßnahmen für das Rheinische Revier die Schaffung von Wertschöpfung und Beschäftigung sowie die Entwicklung der Region zu einem Vorreiter beim Klima- und Ressourcenschutz. Im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen stellt die Bundesregierung dem Rheinischen Revier hierfür bis ins Jahr 2038 bis zu 14,8 Mrd. EUR an Strukturmitteln zur Verfügung.

Um die genannten Ziele zu erreichen, verfolgen das Land und das Rheinische Revier eine stärkenorientierte Wirtschaftsförderungsstrategie: Die Stärken der Region liegen in den vier Zukunftsfeldern „Energie und Industrie“, „Innovation und Bildung“, „Ressourcen und Agrobusiness“ sowie

„Raum und Infrastruktur“. Diese sollen gezielt ausgebaut werden, um eine sich dauerhaft selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen. Ihren Niederschlag finden die Zukunftsfelder im Wirtschafts- und Strukturprogramm der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, das im Dezember 2019 erstmalig und im Juni 2021 in seiner fortentwickelten Version 1.1 veröffentlicht wurde.

Mit der Veröffentlichung des Projektauftrags „REVIER.GESTALTEN“ am 27. April 2021 hat das Regelförderverfahren im Rheinischen Revier begonnen. Gefördert werden Projekte, die auf die Ziele des Wirtschafts- und Strukturprogramms einzahlen. Im Rahmen der ersten Einreichfrist, die am 30. Juni 2021 endete, wurden 59 Projektskizzen übermittelt.

Die Landesregierung ist vor dem Beginn des Regelförderverfahrens bereits in Vorleistung gegangen: Um zeitnah handlungsfähig zu sein, wurde das SofortprogrammPLUS entwickelt, das die (Anschluss-) Finanzierung erster Projekte aus dem Sofortprogramm 2019, aus dem Eckpunktepapier zum Strukturstärkungsgesetz, aus dem Strukturstärkungsgesetz selbst sowie weiterer für eine kurzfristige Förderung geeigneter Projekte, regelt. Zur Unterstützung von Projektumsetzungen in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Anrainerkommunen wurde das Starterpaket Kernrevier ins Leben gerufen. In beiden Förderprogrammen gelten mittlerweile 82 Projekte als „tragfähige Vorhaben“. Für 40 Projekte konnte ein Förderzugang identifiziert werden. Das Verfahren wird turnusmäßig fortgeführt.

Zur Finanzierung der Vorhaben im Rheinischen Revier stellt der Bund wie eingangs angemerkt bis zu 14,8 Mrd. EUR zur Verfügung. Das Land wird diese Gelder mit eigenen Haushaltsmitteln flankieren. Die entsprechenden Kofinanzierungsmittel sind im Haushalt 2022 abgebildet.

5-StandorteProgramm

Seite 8 von 35

In Nordrhein-Westfalen begleiten wir die Beendigung der Steinkohleverstromung mit dem 5-StandorteProgramm. Von dem Programm einer präventiven Strukturpolitik profitieren die fünf Standorte Kreis Unna und die Städte Hamm, Herne, Duisburg und Gelsenkirchen.

Es fließen insgesamt 662 Mio. EUR Bundesmittel nach Nordrhein-Westfalen. Die Mittel dienen der Umsetzung innovativer Projekte und der Bewältigung der Transformation an den fünf Standorten.

Im 5-StandorteProgramm konnten wir im Jahr 2021 einen weiteren Meilenstein setzen. Mit der gemeinsamen Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung durch die Steinkohleländer im August 2021 haben wir nun die Grundlage zur Umsetzung der Projekte geschaffen.

Mittelstand

Mittelständische Unternehmen sind das Fundament unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft: Etwa 99,5 Prozent aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind kleine und mittlere Unternehmen. Der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet circa 34 Prozent des Jahresumsatzes aller Unternehmen im Land – das entspricht etwa 471 Mrd. EUR. Ebenso beschäftigt der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Diese Zahlen machen eines ganz deutlich: Die mittelständische Wirtschaft, das Handwerk und die Freien Berufe leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens und erfüllen dabei auch eine wichtige Stabilisierungsfunktion, insbesondere für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, was auch im internationalen Vergleich keineswegs selbstverständlich ist.

Eine ganz überwiegende Zahl (über 90 Prozent) der KMU sind zudem Familienunternehmen. Diese familiengeführten Unternehmen haben eine

besondere, über Generationen gewachsene Verbundenheit zum Standort Nordrhein-Westfalen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie es immer wieder schaffen, sich neu zu erfinden. Heute sind sie einer der wichtigsten Treiber von Innovationen in Nordrhein-Westfalen. Nach einer ersten Veranstaltung im K21 Ständehaus, durch die wir den Dialog zwischen Familienunternehmen und dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie wiederaufgenommen haben, führten wir im Juli 2021 eine weitere Veranstaltung im Online-Format durch, mit der wir auf die Vorteile einer Zusammenarbeit von Familienunternehmen und Start-ups aufmerksam machten. Wir wollen dieses sowohl für Familienunternehmen als auch für Start-ups so wichtige Thema weiterverfolgen und planen, hierzu mit dem Wittener Institut für Familienunternehmen Veranstaltungen in den Regionen Nordrhein-Westfalens durchzuführen.

Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes ist es, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, sowie dessen wirtschaftliche Entfaltung zu unterstützen. Insbesondere die Corona-Pandemie stellt den Mittelstand hierbei vor neue Herausforderungen und verlangt nach wirtschafts- und industriepolitischen Orientierungspunkten.

Ein Ansatzpunkt ist dabei die Weiterentwicklung der Clearingstelle Mittelstand. Im Rahmen des Entfesselungspakets VII „Durchstart für den Mittelstand“ haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem wir die Kompetenzen der Clearingstelle Mittelstand weiter ausbauen wollen. Dadurch kann die Clearingstelle Mittelstand einen wichtigen Beitrag leisten, die Belange des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen noch stärker ins Blickfeld zu rücken und Gesetze und Verordnungen noch mittelstandsfreundlicher hin zu einem unkomplizierten Staat auszugestalten.

Freie Berufe

Seite 10 von 35

Die Freien Berufe stehen vor großen Herausforderungen, z. B. bei der Digitalisierung, bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Regulation der Freien Berufe auf europäischer Ebene. Um auf diese Herausforderungen angemessen reagieren und insbesondere um die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen zu können, unterstützen wir die Freien Berufe mit diesem Haushalt mit einer Summe in Höhe von 750.000 EUR.

Handwerkspolitik/-förderung

Als Teil einer zukunftsgerichteten Mittelstandspolitik wird die Landesregierung ihre zielgerichtete und wirkungsstarke Handwerksförderung der letzten Jahre fortführen und auf hohem Niveau verstetigen und weiterentwickeln. Im Mittelpunkt stehen hierbei Maßnahmen zur Stärkung und Unterstützung der Digitalisierung, der handwerkseigenen Beratungsstrukturen für den Technologietransfer, des Gründungsgeschehens, der beruflichen Bildung sowie der Fachkräftesicherung. Neben den inzwischen geschaffenen mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen stellen die gemeinsam mit dem Handwerk entwickelten handwerkspezifische Förderinstrumente und -initiativen eine solide Basis dar, den inzwischen angelauten Neustart nach Pandemie und Flutkatastrophe für das Handwerk auch nachhaltig wettbewerbsstärkend zu gestalten.

Handel

Der Handel, vor allem der stationäre Einzelhandel, steht weiterhin unter Druck, sich angesichts der Digitalisierung zu verändern. Dass der Umgang mit Veränderungen für den Handel wichtig ist, hat insbesondere die Corona-Pandemie gezeigt. Natürlich hilft es den Händlern sehr, dass sie ihre Geschäfte mittlerweile wieder verlässlich öffnen können. Auch die Stimmung der Konsumenten hat sich nun wieder deutlich aufgehellt. Aber

Konsumgewohnheiten verändern sich auch langfristig – und damit verändern sich auch unsere Innenstädte und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen. Das hat unsere Studie „Zukunft des Handels – Zukunft der Städte“ unlängst belegt. Aber die Studie macht auch Hoffnung: Der Handel hat Potenzial.

Dieses Potenzial muss der Handel aktivieren. Dabei unterstützen wir ihn tatkräftig: Wir legen noch in diesem Jahr den Projektauftrag „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“ neu auf, der gezielt die Digitalisierung des stationären Handels fördert. Die Digitalcoaches beim Handelsverband, die kleine und mittlere Unternehmen fit machen für die Digitalisierung, sind im Sommer personell von vier auf sechs aufgestockt worden. Und nächstes Jahr werden wir in einem Jugend-Hackathon in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen mit jungen Leuten Ideen erarbeiten, wie Innenstädte attraktiver werden können – damit wieder mehr Menschen zum Einkaufen ins Zentrum kommen.

Logistik

Die Landesregierung ist sich der herausragenden Bedeutung der Logistikwirtschaft für Wachstum und Wohlstand unseres Landes sehr bewusst. Nur mithilfe von reibungslos funktionierenden, effizienten Logistikprozessen kann die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie- und Handelsunternehmen nachhaltig gesichert und die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden – das hat sich ganz besonders während der Coronakrise gezeigt.

Laut Prognosen wird die Zahl der Transporte und Verkehrsströme in den kommenden Jahren noch stark zunehmen. Intelligente Infrastrukturen, digitalisierte Abläufe und optimierte Transportrouten sollen helfen, überflüssige Verkehre und damit Emissionen zu reduzieren und die Wirtschaftlich-

keit der Unternehmen zu stärken. Eine intelligente Logistik ist mit zunehmender Digitalisierung ein immer entscheidenderer Erfolgsfaktor für die Unternehmen aber auch für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Daher wollen wir die Unternehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, unterstützen und Hilfestellung bei der digitalen Transformation bieten.

Kreativwirtschaft

Die Beschränkungen, die im Zuge der Corona-Pandemie erfolgt sind, haben weite Teile der nordrhein-westfälischen Kreativwirtschaft empfindlich getroffen. Nordrhein-Westfalen hat sich beim Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass kluge Programme auch für die vielen Soloselbständigen in der Kreativwirtschaft umgesetzt wurden, um die entstandenen finanziellen Schäden abzumildern.

Die Pandemie hat aber auch dazu geführt, dass wir alle viel häufiger auf digitale Angebote und Produkte zugreifen – und das ist eine große Chance für die Kreativwirtschaft. Als Cross-Innovationstreiber setzt die Kreativwirtschaft zunehmend auf interdisziplinäre Kooperationen und digitale Lösungen. Diese werden vor allem von den Teilmärkten Design, Werbung, Medien und Software/ Games erbracht. Design spielt bei der digitalen Transformation zunehmend eine entscheidende Rolle. Designerinnen und Designer gestalten den Bereich zwischen Mensch und Maschine (Interfacedesign) und tragen so maßgeblich zur Akzeptanz und Nutzung digitaler Dienstleistungen und digitaler Kommunikation bei. Dies geschieht in Nordrhein-Westfalen branchenübergreifend.

Die Landesregierung möchte das Digitalisierungs-Potenzial der Kreativwirtschaft noch besser nutzen als bisher. Es gilt daher die Netzwerkstrukturen in der heterogenen Kreativwirtschaft zu stärken, branchenübergrei-

fend Akteure zusammenzubringen und die Verbindungen mit der Wissenschaft, den Hochschulen und Forschungsinstituten auszubauen sowie innovative, digitale Themenfelder der Kreativwirtschaft, etwa die Anwendung von AR, VR und KI auszubauen.

Tourismus und Gastgewerbe

Die Corona-Pandemie hat auf die Tourismusbranche massive ökonomische Auswirkungen. Die Umsatzeinbußen im Gastgewerbe belaufen sich für das gesamte Jahr 2020 auf über 40 Prozent. Während der Schließungsmonate lagen die Umsatzverluste sogar bei bis zu 85 Prozent. In den touristischen und auch in den Nachbranchen sah es nicht viel besser, teilweise sogar noch zugespitzter aus. Auch wenn sich die Tourismuswirtschaft langsam von der Pandemie erholt, sind die zugehörigen Branchen ganz besonders gefordert, sich gerade jetzt weiterzuentwickeln, um zukünftig überhaupt noch erfolgreich tätig sein zu können. Daher wurden mit Hilfe von Landesmitteln erfolgreiche neue digitale Projekte gefördert, Digitalcoaches für das Gastgewerbe eingeführt und Digitalgutscheine für Tourismus und Gastgewerbe auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen werden in 2022 weitergeführt.

Mit der Umsetzung der Landestourismusstrategie „vernetzt, digital, innovativ“ hat das Land den Tourismus NRW e.V. beauftragt und mit einer institutionellen Förderung versehen. Dies soll weitergeführt werden, damit der Tourismus in Nordrhein-Westfalen auch künftig als Urlaubs- und Geschäftsreiseland wettbewerbsfähig bleiben kann.

Messen

Die Messewirtschaft gehört zu den Branchen, die am stärksten von der Corona-Pandemie und von monatelangen Lockdowns betroffen war. Das

Messeland Nordrhein-Westfalen war und ist mit seinen Coronaschutzverordnungen immer Vorreiter unter den Bundesländern für eine verantwortungsvolle Öffnung von Messen und Kongressen mit entsprechenden Schutz- und Hygienekonzepten. Die Messegesellschaften in Nordrhein-Westfalen haben diesen Spielraum verantwortungsvoll und innovativ genutzt und ihre Messekonzepte entsprechend angepasst. Die Pandemie ist hier auch ein Innovationstreiber für die Digitalisierung von Messen: Neue, digitale Messekonzepte sind entstanden, die komplett als digitales Format veranstaltet wurden wie die Gamescom in Köln, oder als hybride Events, die Messen auch für jene Besucher erlebbar machen, die nicht zu einer Präsenzmesse anreisen können oder wollen. Und auch bei Präsenzmessen wie der Ende August veranstalteten Caravan Salon haben neue digitalen Lösungen zum Erfolg der Messe beigetragen, zum Beispiel digitale „3G“-Einlasskontrollen oder ein neues Matchmaking-Tool, das sowohl für Treffen in virtuellen Meetingräumen, als auch für Termine vor Ort genutzt werden kann. Wir haben als Wirtschaftsministerium frühzeitig auf den Trend zur Digitalisierung von Messen reagiert und unseren Ausstellern als erstes Bundesland schon ab Herbst 2020 virtuelle Landesgemeinschaftsstände auf digitalen Messen wie der „virtual.Medica“ oder der „Hannover Messe Digital Edition“ angeboten. Wir setzen nun aber alles daran, den Re-Start der Präsenzmessen zu unterstützen, indem wir seit September wieder reale Landesgemeinschaftsstände für kleine und mittlere Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen organisieren. Und wir werden auch im kommenden Jahr unser erfolgreiches Förderprogramm mit zahlreichen Landesgemeinschaftsständen auf internationalen Leitmesen in Deutschland fortsetzen

Wirtschafts-Service-Portal.NRW

Seite 15 von 35

Mit dem Wirtschafts-Service-Portal.NRW als dem zentralen digitalen Zugangstor für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nehmen wir bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft ein. Für das Wirtschafts-Service-Portal.NRW steht das Jahr 2022 im Zeichen der Umsetzung. Die Qualität im Sinne der Nutzerzentrierung, aber vor allem auch die Quantität der im Wirtschafts-Service-Portal.NRW implementierten Online-Dienste wird spürbar zunehmen. Über sog. Digitalisierungsstraßen im Rahmen eines arbeitsteiligen und standardisierten Vorgehens digitalisieren wir Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft in den unterschiedlichsten Bereichen quasi am Fließband. Bis Ende 2022 sollen auf diese Weise mehr als 350 Verwaltungsleistungen über das WSP.NRW vollelektronisch angeboten werden. Um die Digitalisierung bestmöglich vorantreiben zu können, haben wir in 2022 über die Landesmittel hinaus noch die Möglichkeit, auf erhebliche Bundesmittel (Bundeskompunkturpaket föderal, Projekt „Digitale Wirtschaftsservices“ der FITKO) zurückgreifen zu können.

EFRE 2021-2027

Die neue Förderphase 2021 - 2027 des EFRE.NRW wird weiterhin ihren Schwerpunkt im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation haben. An die Stelle der bisherigen Leitmarktwettbewerbe treten neu ausgerichtete Innovationswettbewerbe. Investitionen in den Ausbau der Forschungsinfrastruktur werden fortgesetzt.

Einen neuen Schwerpunkt bildet die Digitalisierung – sowohl bei den Unternehmen als auch bei der öffentlichen Hand. Bei der KMU-Förderung stehen die Unternehmen stärker im Vordergrund. Sie erhalten mehr direkte Förderungen anstelle von indirekten über geförderte Beratungseinrichtungen und Netzwerke.

Der EFRE wird seinen Teil dazu beitragen, damit das Ziel erreicht wird, die Treibhausgase bis 2030 deutlich zu reduzieren und bis 2050 klimaneutral zu werden. Dementsprechend werden mehr Mittel als bisher für den Klimaschutz vorgesehen.

Ein weiterer neuer Schwerpunkt ist die Klimaanpassung. Wir müssen wirksamere Vorsorge vor extremen Wetterereignissen wie länger anhaltende Hitzeperioden oder Starkregen treffen. Die verheerenden Folgen der Unwetterkatastrophe im Juli haben wir alle vor Augen.

Wir werden auch einen stärkeren Fokus auf das Thema Ressourceneffizienz und zirkuläre Wertschöpfung richten. Die nachhaltige, städtische Mobilität wird erstmalig im EFRE adressiert.

Weiterhin, wenn auch aufgrund von Vorgaben aus Brüssel mit 30 Prozent weniger Mitteln als in der vorangegangenen Förderperiode, werden wir in die nachhaltige Stadtentwicklung investieren.

REACT-EU

Mit dem Programm REACT-EU hat die Europäische Union eine Aufbauhilfe aufgelegt, mit der die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie in Europa abgefedert werden sollen.

Die REACT-EU-Mittel werden zugunsten der digitalen und grünen Transformation eingesetzt. Ein Großteil der Mittel sind für die digitale Ausstattung von Schulen mit Tablets und Laptops vorgesehen – ergänzend zur bisherigen Bundes- und Landesförderung.

Auch Volkshochschulen, Bibliotheken und Familienbildungsstätten sollen von einer besseren digitalen Ausstattung profitieren.

Weitere Förderschwerpunkte sind der Tourismus, die klinische Gesundheitsforschung, Innovationen in der Umweltwirtschaft, Grüne Infrastruktur und emissionsarme Nutzfahrzeuge.

ETZ

In einem intelligenteren und nachhaltigen Europa spielen Wettbewerbsfähigkeit und Klimaresilienz für Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen wie Behörden eine wichtige Rolle. Die Europäische territoriale Zusammenarbeit (kurz: ETZ oder auch Interreg genannt) ist eines der zentralen Instrumente der Kohäsionspolitik der Europäischen Kommission. Für Nordrhein-Westfalen ist in diesem Zusammenhang die Verstärkung und Intensivierung unserer nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Niederlanden und Belgien von besonderer Bedeutung. In ETZ-Programmen mit nordrhein-westfälischer Beteiligung sind Wirtschafts-, Energie- und Klimathemen daher fest verankert. Und sie werden auch in der neuen Förderperiode 2021 - 2027 für Nordrhein-Westfalen von größter Bedeutung sein. Hier können wir strategisch bedeutsame Initiativen zur Erhöhung der Innovationsleistungen der KMU, zur Demonstration und Anwendung CO₂-armer Technologien oder zur Anpassungsfähigkeit an besondere Herausforderungen wie der Covid-19-Pandemie oder dem Klimawandel umsetzen.

So fördern wir beispielsweise Industrie-4.0-Lösungen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sowie den Abbau der Barrierewirkung der deutsch-niederländischen bzw. belgisch-niederländisch-deutschen Grenze. Ziel ist es, die Attraktivität und das Innovationspotential des integrierten deutsch-niederländischen bzw. belgisch-niederländisch-deutschen Wirtschaftsraums zu steigern. Auch zukünftig wollen wir EU-Fördermittel der ETZ und etwaige nordrhein-westfälische Komplementärfinanzierung hier gezielt einsetzen, um gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die wirtschaftliche Transformation zu bewältigen. Nordrhein-westfälische Kommunen, Unternehmen und Hochschulen können sich an multilateralen Kooperationen beteiligen mit Themen, die auch für Nordrhein-Westfalen von Bedeutung sind und die – gerade weil sie vor Grenzen nicht Halt machen – auch durch die europäische Zusammenarbeit vorangebracht werden.

Regionale Wirtschaftsförderung

Neben dem landesweit zum Einsatz kommenden Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein etabliertes und wichtiges Förderungsinstrument für die strukturschwachen Regionen.

Mit dem Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, unterstützen wir hieraus Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen.

Gefördert wird auch der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, vor allem die Flächenentwicklung, aber auch die Digitalisierung der Wirtschaft und die Fachkräftesicherung.

Zusätzlich sorgen wir dafür, dass Technologie- und Gründerzentren in den Fördergebieten bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Das komplexe Verfahren zur Fördergebietsabgrenzung für den Zeitraum 2022 - 2027 zwischen Bund, Ländern und EU ist mittlerweile abgeschlossen. Die Neugestaltung der Fördergebietskulisse bringt für Nordrhein-Westfalen deutlich verbesserte Chancen mit sich.

Insgesamt neun Kreise und kreisfreie Städte werden neu in die Kulisse aufgenommen: der Kreis Düren, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Hochsauerlandkreis, der Kreis Kleve, der Märkische Kreis, der Oberbergische Kreis und die Kreise Paderborn und Viersen.

Weitere acht Kreise und kreisfreie Städte, die bislang D-Fördergebiet waren, werden ganz oder teilweise zu besser dotierten C-Fördergebieten: die Städte Duisburg, Essen, Hamm, Mülheim an der Ruhr, Remscheid, Oberhausen, Wuppertal und die Kreise Recklinghausen und Wesel.

Insgesamt wird das nordrhein-westfälische GRW-Fördergebiet aus 33 Kreisen und kreisfreien Städten bestehen, statt wie bislang aus 26.

Alle Kreise und kreisfreien Städte des alten Fördergebiets werden ihren GRW-Status mindestens erhalten, wenn nicht verbessern. Einzig die kreisfreie Stadt Krefeld wird nicht länger Teil der Fördergebietskulisse sein.

Die größere Fördergebietskulisse bringt auch eine deutliche Verbesserung der finanziellen Ausstattung der GRW in Nordrhein-Westfalen mit sich.

Standen in den vergangenen acht Jahren in Summe rund 670 Mio. EUR an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung, so sind es für 2022 bis 2027 rund 1,3 Mrd. EUR.

Das jährliche Volumen wird stufenweise angehoben, um den Bundesländern mit hohen Verlusten einen fließenden Übergang zu ermöglichen. In 2022 sind rd. 87,6 Mio. EUR an Bundes- und Landesmitteln für die Gemeinschaftsaufgabe etatisiert. Neben dem landesweit zum Einsatz kommenden Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung ist die Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein etabliertes wichtiges Wirtschaftsförderungsinstrument für die strukturschwachen Regionen.

Mit dem Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, fördern wir hieraus Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, vor allem die Flächenentwicklung, aber auch die Digitalisierung der Wirtschaft und die Fachkräftesicherung. Zusätzlich sorgen wir dafür, dass Technologie- und Gründerzentren in den Fördergebieten bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Aktuell läuft das Verfahren zur Fördergebietsabgrenzung für die Zeit ab 2022 zwischen Bund, Ländern und EU. Dabei werden auch neue inhaltliche Fördermöglichkeiten über die Gemeinschaftsaufgabe erörtert.

Energiepolitik

Die Flutkatastrophe aber auch die Entwicklungen in anderen Teilen Europas und der Welt zeigen uns die Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels auf. Die hierfür beschlossene Verschärfung der Klimaziele hat insbesondere die Anforderungen an die Energieversorgung deutlich erhöht. Der größte Minderungsbeitrag wird dabei durch den Sektor Energiewirtschaft erbracht. Daher übernehmen wir in Nordrhein-Westfalen als Energieland besondere Verantwortung für den Klimaschutz.

Insbesondere der Kohleausstieg hat in Nordrhein-Westfalen Fahrt aufgenommen. Bis einschließlich 2029 übernimmt Nordrhein-Westfalen mehr als 70 Prozent der bundesweit zu reduzierenden Braunkohlekapazitäten und leistet damit den größten Beitrag. Mit der neuen Leitentscheidung bleiben mehr als 1,2 Milliarden Tonnen und damit drei Mal so viel CO₂ in der Erde wie die Vorgängerregierung vorgesehen hatte.

Nimmt man Braun- und Steinkohle zusammen, dann gehen in Nordrhein-Westfalen bis Ende 2022 insgesamt 7 Gigawatt vom Netz. Das sind mehr als 60 Prozent der deutschlandweit bis Ende 2022 stillzulegenden Braun- und Steinkohlekapazitäten.

Es reicht aber bei Weitem nicht aus, nur neue, immer schärfere Ziele zu formulieren und aus wahlkampfaktischen Gründen Überbietungswettbewerbe um die Abschaltung von Erzeugungskapazitäten zu veranstalten. Wenn wir als moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland und in Europa wirklich etwas für den Klimaschutz erreichen und der Erderwärmung auch im Energiebereich wirksam begegnen wol-

len, brauchen wir den Einstieg in neue Technologien. Wir brauchen Innovationen und Investitionen – in Erneuerbare Energien, in die Infrastruktur, in Speicher und intelligente Systeme und in den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft

Damit die klimafreundliche Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt, werden wir erheblich mehr Elektrizität erzeugen müssen als heute. Inzwischen hat die Bundesregierung wegen des massiven Ausbaus der Elektromobilität und der absehbar zunehmenden Nutzung von Wasserstoff als Speicher die Prognose für den Strombedarf im Jahr 2030 um gut zehn Prozent nach oben revidiert.

Nordrhein-Westfalen befindet sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien bundesweit in der Spitzengruppe. Im Jahr 2020 wurden in Nordrhein-Westfalen trotz nicht optimaler Standortvoraussetzungen und sehr dichter Besiedlung rund 280 Megawatt an Windkapazität netto zugebaut und es liegen zurzeit insgesamt Genehmigungen für rund 1.200 Megawatt vor. Bei der Photovoltaik liegt Nordrhein-Westfalen bei einem Zubau von etwa 580 Megawatt im vergangenen Jahr und übertrifft damit zum fünften Mal in Folge den Photovoltaik-Zubau des Vorjahres deutlich.

Allerdings müssen insbesondere auch auf Bundesebene Maßnahmen erfolgen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland voranzutreiben. Grundsätzlich müssen die Ausbauziele und -pfade für die Photovoltaik und Windenergie auf Bundesebene sowie die daraus resultierenden jährlichen Ausschreibungsmengen für Photovoltaik und Windenergie schnellstmöglich angepasst werden, um Zubauten in dem Umfang zu ermöglichen, welcher für die Einhaltung der verschärften Klimaziele notwendig ist.

Auch der Umbau der Energieinfrastruktur für die Energiewende stellt eine große Herausforderung dar. Die nun ambitionierteren Klimaziele der Bundesregierung bedeuten, dass die Umbaubedarfe sich fünf Jahre früher

stellen. Besonders das Verteilnetz steht mit dem Hochlauf der Elektromobilität und der steigenden Zahl an dezentralen Energiequellen vor großen Herausforderungen.

Die neue Verteilnetzstudie Nordrhein-Westfalen, die für mein Haus erstellt und im Juni veröffentlicht wurde, zeigt auf, welche große Chancen die Digitalisierung für die fortschreitende Sektorenkopplung in Nordrhein-Westfalen bietet, bspw. durch die Steuerung von Ladevorgängen von Elektrofahrzeugen. Nun sind nicht nur die Netzbetreiber gefordert, ihre Verteilnetze für diese Herausforderungen weiterzuentwickeln. Auch der Bund muss zügig die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, denn wir brauchen noch mehr Steuerbarkeit und Flexibilität in den Verteilnetzen.

Mit Blick auf die bereits erwähnte Bedeutung des Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft kommt auch dem Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur eine bedeutende Rolle zu. Umso mehr bedaure ich, dass der Bundesgesetzgeber mit der Übergangsregulierung eine von der Gasinfrastruktur getrennte Planung und Finanzierung der Wasserstoffinfrastruktur vorsieht und aus der Intention heraus, die europäische Gesetzgebung für den Green Deal abzuwarten, eine gemeinsame Regulierung in die nächste Legislaturperiode vertagt hat. Dies bedeutet die Doppelung von Planung und Finanzierungsmechanismen und führt in erster Linie zu mehr Bürokratie und Kosten.

All dies ist nur ein Ausschnitt der energiepolitischen Herausforderungen, die wir zeitnah bewältigen müssen und die wir mit einer Bundesregierung umsetzen müssen. Es gibt noch weitaus mehr, ich nenne hier nur die notwendige Reform der Finanzierung der EEG-Umlage oder die Ausgestaltung des Investitionsrahmens für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Klimaneutrale Industrie

Seite 23 von 35

Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu wirtschaften. Dafür sind erhebliche Investitionen notwendig. Diese Investitionen müssen in den nächsten Jahren erfolgen, um die Voraussetzung für die Industrietransformation in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Mit über 10.000 Industriebetrieben und einem Umsatz von über 350 Mrd. EUR ist und bleibt Nordrhein-Westfalen Industrieland. Der Weg in eine klimaneutrale Industrie ist für Nordrhein-Westfalen somit ebenso alternativlos wie herausfordernd.

Die herausfordernden Ziele sind vor allem aber auch eine Chance, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu einem weltweit führenden Innovationsmotor zu machen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als modernsten, klima- und umweltfreundlichsten Industriestandort dauerhaft zu stärken.

Wir unterstützen die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität ganzheitlich – von der Strategie über die Prozesse bis hin zur Umsetzung. Strategisch arbeiten wir intensiv an der Vision und der Setzung der benötigten Rahmenbedingungen für eine treibhausgasneutrale Industrie. Insbesondere die strategische Vernetzung der Themenkomplexe Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und Kohlenstoffkreislaufwirtschaft bildet das Fundament einer nachhaltigen Industrie.

Aber auch hier spielen die Förderung von Forschungs- und Innovationsprojekten nach wie vor eine tragende Rolle. Wir können die Unternehmen mit dieser Aufgabe nicht alleine lassen. Die Umsetzung innovativer Industrieprojekte fördern wir daher im Rahmen von progres.nrw-Innovation. Ziel ist es im Rahmen unserer Landesförderung auch großvolumige Fördermittel von EU und Bund zur Transformation unserer Industrie nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Viele der Projektideen entstehen innerhalb unserer Initiative NRW.Energy4Climate. Als bundesweit einzigartige

Plattform, auf der Industrie, Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten, bietet NRW.Energy4Climate einen wichtigen Raum für die Etablierung einer klimaneutralen Industrie und der Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

NRW.Energy4Climate

Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für den Klimaschutz und die Umsetzung der Energiewende sehr ernst und ist sich der großen Transformationsthemen bewusst, die jetzt angegangen werden müssen. Daher bündelt die Landesregierung ihre bisherigen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz und Energie unter dem Dach der landeseigenen Gesellschaft NRW.Energy4Climate, die auf den Stärken der erfolgreichen Initiative In4Climate.NRW aufsetzt.

Die Entscheidung, für die jetzt vor uns liegende wichtige Umsetzungsphase eine Landesgesellschaft zu gründen, war notwendig, weil der Rahmenvertrag mit der bisher als privatrechtlicher Dienstleister tätigen EnergieAgentur.NRW GmbH zum Jahresende ausläuft. Dieser Rahmenvertrag kann nach einer bereits erfolgten Verlängerung nicht nochmals verlängert werden.

Mit der Landesgesellschaft schaffen wir den Enabler – den „Möglichmacher“ – der den breiten Rollout von Klimatechnologien und die Energiewende, bei gleichzeitiger Stärkung des Industrie- und Dienstleistungsstandortes Nordrhein-Westfalen, vorantreiben wird. Im Mittelpunkt der neuen Landesgesellschaft steht daher die Qualifizierung und Unterstützung von Projekten mit Unternehmen, Kommunen und der Forschung. So wie die In4climate.NRW den Transformationsprozess für die Industrie verfolgt, wird die NRW.Energy4Climate nun Investitionsprojekte beim Mittelstand, bei KMU und Handwerk sowie in den Kommunen anreizen. Jeder real investierte Euro erzeugt Multiplikatoreffekte. Förderprojekte für

Energiewende und Klimaschutz führen zu weiteren privaten und öffentlichen Investitionen. Das schafft neue Beschäftigung und Wachstum in Zukunftsbranchen. Zudem kann die Landesgesellschaft durch ihre Nähe zur Landesregierung Anliegen für künftige Förderprogramme beim Bund und bei der EU platzieren und im Sinne Nordrhein-Westfalens mitgestalten. Weitere Schwerpunktthemen sind der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Stärkung internationaler Partnerschaften sowie die Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende vor Ort in Städten und Gemeinden. Diesen Neustart wagen wir jetzt. Wir bauen die neue Gesellschaft schnell auf und setzen dabei auch auf das Know-how von außen. Insgesamt fließen bis zu 17 Mio. EUR per anno in die NRW.Energy4Climate und ihre flankierenden Dienstleistungsaufträge.

Emissionsarme Mobilität

Von Januar bis August 2021 wurden im Programm „progres.nrw - Emissionsarme Mobilität“ bereits 86 Mio. EUR Fördermittel bewilligt – 82 Mio. EUR waren es im gesamten Jahr 2020.

Über den gesamten Programmzeitraum haben wir in Nordrhein-Westfalen bereits etwa 9.800 öffentlich zugängliche und etwa 64.000 private und betriebliche Ladepunkte gefördert.

Mit unserem Programm haben wir den Hochlauf der Elektromobilität bereits ein gutes Stück vorangebracht. 2022 wollen wir neue Schwerpunkte bei der Wasserstoff-Mobilität setzen. Unsere Förderung stimmen wir dabei auf die bundespolitischen Aktivitäten ab, um maximale Erfolge für Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Am 1. September 2021 werden wir zudem ein befristetes Förderprogramm für die Anschaffung von emissionsfreien Nutzfahrzeugen für KMU und Kommunen starten. Dafür stehen Mittel in Höhe von 25 Mio. EUR aus dem REACT-EU-Programm der Europäischen Union zur Verfügung.

Ebenfalls im Jahr 2021 ist die Förderung von Landstromanlagen für Binnenschiffe angelaufen. Für 2022 sind hierzu Landesmittel in Höhe von 3,29 Mio. EUR vorgesehen, die zu 50 Prozent mit Bundesmitteln kofinanziert werden. Damit soll die Luftqualität in den Häfen verbessert werden.

Energiesystem der Zukunft/Wasserstoff

Die Europäische Kommission hat mit dem „Green Deal“ die Weichen gestellt: Bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll die Europäische Union und damit auch Nordrhein-Westfalen klimaneutral wirtschaften.

Die Landesregierung hat die Ziele für Nordrhein-Westfalen darüber hinaus mit dem novellierten Klimaschutzgesetz angepasst. Wir wollen schrittweise (2030:./ 65%, 2040:./ 88%) bis 2045 Treibhausgasneutralität in Nordrhein-Westfalen erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird sich unser Energiesystem in all seinen Teilbereichen wandeln müssen. Das Energiesystem der Zukunft wird – auch vor dem Hintergrund des beschlossenen Kohleausstiegs – noch viel stärker von Erneuerbaren Energien geprägt sein und sich zu einem flexiblen, dezentralen und intelligenten System entwickeln.

Schon heute sehen wir, dass dieser Wandel begonnen hat. Die Kohleverstromung geht zurück und wird bis spätestens 2038 komplett beendet sein. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nimmt dagegen rapide zu und große Unternehmen beginnen damit, ihre Prozesse teilweise komplett neu zu denken und sich für die Energiewelt von morgen aufzustellen.

Die Landesregierung ist entschlossen, diesen Weg zu einem klimaverträglichen Energiesystem aktiv mitzugestalten. Und mehr noch: Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Energie- und Industriestandort Europas entwickeln.

Damit dies gelingt, sind Innovationen, neue Technologien, neue Produkte und Anwendungen unverzichtbar: sie sind der Schlüssel für die Wohlstandssicherung und der Garant für neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Hierbei wird Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen. Ohne Wasserstofftechnologien werden wir das Ziel einer klimaneutralen Zukunft nicht erreichen können. Nach der Veröffentlichung der Wasserstoff-Roadmap im November 2020 befinden wir uns nun in der Umsetzungsphase. Mit dem HelmholtzCluster für Wasserstoff in Jülich und dem Innovations- und Technologiezentrum Wasserstoff (ITZ) in Duisburg werden zwei wichtige Forschungsleuchttürme in Nordrhein-Westfalen aufgebaut. Darüber hinaus setzen wir auf die Förderung von innovativen Unternehmen und Ideen, von Start-Ups in diesem Bereich und Projekten, die zur Entwicklung unseres zukünftigen Energiesystems beitragen.

Die Transformation des Energiesystems fördern wir – auch mit dem vorliegenden Haushalt – massiv, indem wir die anwendungsbezogene Forschung an zukunftsweisenden Technologien und die Umsetzung entsprechender Projekte unterstützen und damit Investitionen in zukunftsgerichtete und klimaverträgliche Technologien bei den Unternehmen auslösen. Dazu zählen beispielsweise PtX-Technologien, Wasserstoffanwendungen oder etwa Speichertechnologien.

Ein wesentliches Instrument ist hier das Förderprogramm „progres.nrw“ mit dem Förderbausteinen „Innovation“.

Auch das Mitte November 2019 gestartete Spitzencluster industrielle Innovation (kurz: SPIN) hat zum Ziel, innovative Lösungen für das Energiesystem der Zukunft die Umsetzung zu bringen. Im SPIN haben sich bedeutende Unternehmen des Ruhrgebiets zusammengeschlossen, um Forschungsaktivitäten gemeinsam mit kleinen und mittleren Unternehmen und Hochschulen der Region zu forcieren. Das Cluster kann damit

einen erheblichen Mehrwert für die innovative Entwicklung neuer Produkte und Technologien schaffen. Erste Projekte wurden bereits bewilligt.

Klimaschutztechnik und Urbane Energielösungen

Mit dem Förderprogramm „progres.nrw – Markteinführung“ unterstützen wir die Einführung und Verbreitung von marktfähigen Anlagen, die Energie effizient nutzen sowie Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen produzieren oder speichern. Das Programm trägt dazu bei, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen, die Kopplung der Sektoren Strom und Wärme voranzutreiben und die Kohlendioxid-Emissionen zu reduzieren. Allein im vergangenen Jahr wurden über das Programm über 1.400 Batteriespeicher, ein Plus von 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in Verbindung mit einer neuen Photovoltaikanlage bewilligt mit einem Volumen in Höhe von über 30 Mio. EUR.

In diesem Jahr richten wir die Förderung insbesondere im Gebäudesektor noch stärker auf systemische Lösungen aus, die verschiedene erneuerbare Energien koppeln sowie auf digitale Technologien. Hierzu haben wir die bisherige Richtlinie in vielen Bereichen überarbeitet und neu ausgerichtet. Sie ist ab August dieses Jahres in Kraft und heißt nun „progres.nrw – Klimaschutztechnik“.

Damit bringen wir die Energiewende in Nordrhein-Westfalen auf breiter technologischer Basis voran und setzen zudem wichtige Impulse insbesondere für mittelständische Unternehmen und Hausbesitzer, in innovative und effiziente Technologien zu investieren.

Ein erfolgreicher Ansatz zur Umsetzung der Klimaschutzziele ist das Programm „100 Klimaschutzsiedlungen für Nordrhein-Westfalen“ – 103 Siedlungen haben bis heute den Status erhalten, 56 Siedlungen sind bereits realisiert und 26 im Bau. Wir befinden uns hier also auf der Zielgeraden. Diese Erfahrungen wollen wir nutzen um Quartiere weiterzuentwickeln.

Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen und den Klimaschutz wirklich voranzubringen, muss die Energiewende verstärkt in unseren Städten stattfinden. Ziel ist es, mit „Urbanen Energielösungen“ lebenswerte und zukunftsfähige CO₂-neutrale Quartiere zu entwickeln. Dazu müssen die erneuerbaren Energien auf Quartiersebene ausgebaut sowie die Möglichkeiten der Sektorenkopplung und der Digitalisierung genutzt werden.

Klimaneutrale Landesverwaltung

Für die Finanzierung von gering-investiven und von nicht-technischen Maßnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen der Landesverwaltung sowie zum Betrieb der Geschäftsstelle Klimaneutrale Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen wurde eine eigene Titelgruppe eingerichtet. Mittel für die Umsetzung energetischer Einzelmaßnahmen und Standards in den von der Landesverwaltung genutzten Liegenschaften sind zudem in verschiedenen anderen Einzelplänen etatisiert.

Außenwirtschaft und Standortmarketing

Die Corona-Pandemie beeinflusst die Außenwirtschaft weiterhin stark. Zu nennen sind hier Ausfälle in der Produktion, unterbrochene Lieferketten, gestiegene Transportkosten (Containerverkehr), reduzierte Nachfrage und Betroffenheit vom Einbruch in der Weltwirtschaft. Das Ziel der Außenwirtschaftsförderung muss es daher auch weiterhin sein, eine den Bedürfnissen der Unternehmen angepasste Förderstruktur und entsprechende Maßnahmen anzubieten, um Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft zu setzen. Die Pandemie und die mit ihr verbundenen vielfältigen wirtschaftlichen Folgen geben uns darüber hinaus Anlass über viele Aspekte der Ausgestaltung unserer Außenwirtschaft nachzudenken.

Beispielsweise führen die pandemiebedingte Unterbrechung der Lieferketten und bestehende Engpässe bei Technologieprodukten wie Mikrochips bei vielen Unternehmen auch zu einer veränderten Risikoanalyse von Logistikketten und einer Neubewertung der Wahl von Produktionsstandorten. Die Entwicklungen der letzten Monate lassen zumindest zu einem gewissen Anteil eine Rückverlagerung aus Niedriglohnländern und einen Ausbau der Produktion in Deutschland erwarten. Gerade durch den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Automatisierung können hierzulande die Kostennachteile gegenüber der Produktion in Länder mit niedrigeren Lohnkosten verringert werden. Von dem absehbaren Trend für den Aufbau von Produktionskapazitäten auf den europäischen Heimatmärkten wird auch der Standort Nordrhein-Westfalen profitieren.

Wir möchten mit unserer Außenwirtschaftsstrategie, die unsere Digitalstrategie, unser Industriepolitische Leitbild und unsere Wasserstoff- und Innovationsstrategie in die internationale Perspektive bringt, konkrete Maßnahmen aufzeigen, um unsere herausragende internationale Wettbewerbsposition weiter auszubauen.

Wir wollen neue Märkte effektiver erschließen und insbesondere durch internationale Innovationspartnerschaften das Potential für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unserer starken Wirtschaft und unserer vielen mittelständischen Unternehmen und Start-ups noch besser nutzen.

Neben den Instrumenten der klassischen Außenwirtschaftsförderung wollen wir zusätzliche zeitgemäße Instrumente entwickeln und gezielter einsetzen, um Innovationspartnerschaften zwischen Unternehmen, Forschungsinstituten und weiteren relevanten Partnern mit Blick auf die weltweit innovativen dynamischen Märkte zu etablieren und auszubauen.

Ein Ansatzpunkt dabei ist zum Beispiel die Förderung von Talenten: wir wollen daher in diesem Bereich verstärkt interkulturelle Begegnungen, Austauschprogramme, Unternehmenshospitationen, Trainee- und Sti-

pendiatenprogramme fördern. Dabei orientieren wir uns an den guten Erfahrungen mit unserem Stipendiatenprogramm unserer chinesischen Partnerprovinz Jiangsu, das wir zukunftsgerichtet weiterentwickeln wollen.

Zudem wollen wir weitere Stipendiatenprogramme zum Beispiel mit innovativen afrikanischen Zielländern entwickeln, um das dynamische Potenzial im Bereich der Internationalisierung von Start-ups sowie mittelständischen Unternehmen zu erschließen und nachhaltige Kollaborationen auf Augenhöhe anzustoßen.

Die Corona-Pandemie hat das physische Reisen in weiter entfernte Innovationsmärkte zum Erliegen gebracht. Diese konnten jedoch dank des Digitalisierungsschubs größtenteils in digitaler Form stattfinden. Für das kommende Haushaltsjahr sollen physische Reisen wieder möglich werden, denn gerade der Aufbau, die Pflege und Intensivierung von Innovationspartnerschaften bedarf einer persönlichen, vertrauensfördernden Begegnung. Insbesondere durch den Austausch mit unseren transatlantischen und ostasiatischen Partnern entstehen wichtige Impulse für die Innovationen und Technologien von morgen – auf beiden Seiten.

Die Landesregierung wird sich dabei auch weiterhin gemeinsam mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission für ein umfassendes Netz von Freihandelsabkommen einsetzen. Ein solches kann den freien und fairen Welthandel sichern und gleichzeitig die exportstarke Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken. Hierbei steht natürlich auch weiterhin das Verhältnis zum Vereinigten Königreich im Fokus. Auch nach dem Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bedarf es aus nordrhein-westfälischer Sicht eines intensiven konstruktiven Dialogs, um die guten und wichtigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Großbritannien zu stärken.

Um das Potenzial dieser Innovationspartnerschaften zu maximieren, fokussieren wir unsere Maßnahmen und Instrumente auf Themenschwerpunkte und relevante Entwicklungstrends in den weltweiten Innovationsmärkten. So bringen wir die Interessen von Nordrhein-Westfalen mit denen unser Innovationspartner zusammen.

Der enge Austausch mit unseren Wirtschaftspartnern und der Aufbau von innovativen Partnerschaften steht dabei auch weiterhin im Fokus. Dabei steht mit Blick auf Israel ein Projekt besonders im Vordergrund. Gemeinsam mit der Staatskanzlei wird eine digitale Plattform zur Vernetzung von nordrhein-westfälischen KMU mit israelischen Start-ups aufgebaut. Die Netzwerkplattform soll etablierte Unternehmen beim Innovations-, Technologie- und Lieferantenscouting unterstützen. Start-ups erhalten durch die Netzwerkplattform die Möglichkeit, Kunden und Entwicklungspartner für ihre Produkte oder Produktideen zu erhalten. Die Plattform soll später auch mit anderen Innovationsclustern vernetzt werden können, entweder um trilaterale Kooperationen zu ermöglichen oder um im weiteren Verlauf auch Forschungsprojekte akademischer Einrichtungen zu verbinden oder interkulturellen oder gesellschaftlichen Austausch und Zusammenarbeit zu ermöglichen. Zur Durchführung dieses Projektes sind 140.000 EUR jährlich veranschlagt.

Die Stärkung der Außenwirtschaftsgesellschaft NRW.Global Business durch die Zusammenführung der ehemaligen NRW.Invest und der ehemaligen NRW.International wurde erfolgreich abgeschlossen. Der internationale Auftritt des Landes konnte dadurch weiter vereinheitlicht und gestärkt werden. Mit rund 17,8 Mio. EUR liegt die institutionelle Förderung der Gesellschaft auf dem Vorjahresniveau. Ein Arbeitsschwerpunkt der Gesellschaft ist die gezielte Förderung von Ansiedlungen internationaler innovativer Unternehmen. Großes Potential für Nordrhein-Westfalen liegt hier zum Beispiel in der Ansiedlung von innovativen, technologieorientierten Start-ups. Die Landesregierung unterstützt dabei gemeinsam mit

NRW.Global Business die lokalen Akteure bei der Bereitstellung geeigneter Flächen und der Vermittlung passender Unternehmen.

Wir wollen unser Land zum weltweit führenden Standort mit einem dynamischen Ökosystem für Start-ups und Scale-ups weiterentwickeln. Ein Mittel dabei ist die geplante Fortsetzung und Unterstützung der internationalen Start.up Germany Tour, bei der regelmäßig die weltweit innovativsten Start-ups nach Nordrhein-Westfalen eingeladen und prämiert werden.

Neben seinem investitionsfreundlichen Wirtschaftsumfeld bietet Nordrhein-Westfalen durch seine hohe Dichte an Fachhochschulen, Universitäten und Forschungs- sowie Entwicklungseinrichtungen nicht nur ein großes Potenzial an hervorragend ausgebildeten Fachkräften, sondern auch ein innovatives Umfeld, wie es für die Produktion von Hochtechnologieprodukten wie Halbleiter oder grüne Technologien förderlich ist.

Landesplanung und Raumplanung

Das wichtigste Planungsinstrument der Landesplanung ist der Landesentwicklungsplan, dessen Änderung in Umsetzung des zweiten Entfesselungspaketes abgeschlossen wurde. Jetzt geht es darum, die Regionalplanung bei der Umsetzung der damit gewonnenen Spielräume zu begleiten. Dazu gehört auch die Beteiligung der Landesplanung am aktuellen „Maßnahmenpaktes intelligente Flächennutzung“ mit einem Pilotprojekt für einen Flächen-Zertifikatehandel.

Entscheidend sind dabei die Anstrengungen zur Digitalisierung der Landesplanung mit dem Ziel Planungsprozesse im Land zu verbessern und zu beschleunigen. Zu den Aktivitäten zählen insbesondere die Beteiligung der Landesplanung an der Weiterentwicklung des landesweiten Be-

teiligungsportals, die Standardisierung von Datenformaten nach bundesweiten Standards und die verstärkte Nutzung und Auswertung von Satellitendaten mit Hilfe von Verfahren künstlicher Intelligenz.

Hinzu kommen gesetzlich festgelegte Aufgaben wie die zügige Rechtsprüfung angezeigter Regionalplanänderungen und die Vertretung des Landes in Rechtstreitigkeiten, welche die Raumordnung und Landesplanung betreffen.

Aus dem Haushalt der Landesplanung wird zudem die ehrenamtliche Tätigkeit der Regionalräte und der entsprechenden Arbeit der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr finanziert. Hier ist mit der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz in 2021 eine Stärkung des Ehrenamtes erfolgt.

Schließlich gehören zum Haushalt der Landesplanung Mittel zur institutionellen Förderung des Zentralinstituts für Raumplanung an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (Landesgruppe NRW).

Schlusswort

Der vorliegende Einzelplan 14 des Haushalts 2022 verdeutlicht durch seine Schwerpunktsetzung die Bedeutung der Digitalisierung, der Innovation und des Klimaschutzes für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Wir wollen die Chancen, die uns diese Themenkomplexe bieten, nutzen, um den Herausforderungen, vor die uns nicht zuletzt die Corona-Pandemie stellt, erfolgreich zu meistern und gestärkt aus der gegenwärtigen Krise hervorzugehen.

Dabei bleiben wir offen für jede Idee, die zur Erreichung dieses Ziels beiträgt und unser Land Nordrhein-Westfalen voranbringt.

Lassen Sie uns, zusammen mit den Unternehmen, den Hochschulen, den Kommunen und den weiteren Stakeholdern, gemeinsam den eingeschlagenen Weg zur Modernisierung unseres Landes weitergehen.